
G E S C H Ä F T S B E R I C H T

der Entsorgungsgemeinschaft Abfall Berlin-Brandenburg e. V. für die Jahre 2009 und 2010



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise in den vergangenen Jahren trafen die in der Region Berlin-Brandenburg ansässigen Betriebe nicht so heftig wie die Wirtschaft in anderen Regionen Deutschlands. Ursächlich war das vor allem auf die vergleichsweise schmale industrielle Basis der Region zurückzuführen. Infolgedessen blieben auch die Aufkommensverluste für die Transportwirtschaft, auch für die Entsorgungstransporteure begrenzt. Andererseits waren gerade den Maßnahmen der Konjunkturpakete der Bundesregierung mit gewissen Marktstabilisierungen verknüpft, was insbesondere den Bauentsorgern zugute kam.

Vor diesem Hintergrund ist es positiv zu bewerten, dass die Entsorgungsgemeinschaft Abfall Berlin-Brandenburg e. V. sowohl ihre Mitgliederbasis stabil als auch ihr Engagement im Prozess der Zertifizierung von entsorgungsfachbetrieben und in abfallrechtlicher Hinsicht aufrecht erhalten konnte. Die Begleitung der ESA-Mitglieder bei der Einführung der elektronischen Nachweisführung bei Entsorgung gefährlicher Abfälle im Berichtszeitraum rundete das Aufgabenspektrum ab.

Der Vorstand bedankt sich bei den ehrenamtlich tätigen Mitgliedern des Überwachungsausschusses und den Rechnungsprüfern für die geleistete Arbeit sowie bei der oecontrol Technische Überwachungsorganisation GmbH als beauftragte Sachverständigenorganisation für im Zertifizierungsverlauf geleistete Unterstützung. Der Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e. V. gilt besonderer Dank für die gewerbepolitische Unterstützung im Bereich der begonnenen Novellierung des Abfallrechts im Interesse der ESA-Mitglieder und des Instruments Entsorgungsfachbetrieb.

Berlin, August 2011

Ulrich Schulz
Vorsitzender

Thomas Holewa
stellv. Vorsitzender

Bernd Richter
stellv. Vorsitzender

Inhalt

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
1. Globale und europäische Rahmenbedingungen, Wirtschaftsentwicklung in Deutschland	6
2. Wirtschaftliche Entwicklung in der Region Berlin-Brandenburg	11
3. Entwicklung in der Abfallgesetzgebung und im Gesetzesvollzug	12
4. EVGE-Arbeit	15
5. Mitgliederentwicklung und Gremienarbeit der ESA 2009 und 2010	19

1. Globale und europäische Rahmenbedingungen, Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

Nach einer steilen Talfahrt im Winterhalbjahr 2008/2009 hat sich die Weltkonjunktur im Jahresverlauf 2009 wieder gefangen. Seit dem Frühjahr war die globale Produktion deutlich gestiegen. Die asiatischen Schwellenländer, mit China an der Spitze, hatten dabei insofern eine Vorreiterrolle inne, als sie die Rezession relativ rasch überwandten und danach einen dynamischen Expansionskurs einschlugen.

Im Euro-Raum war die konjunkturelle Lage im ersten Halbjahr 2009 noch von einer schweren Rezession geprägt. Vor dem Hintergrund eines beträchtlichen gesamtwirtschaftlichen Abwärtsdruckes, einer deutlich gedämpften monetären Dynamik und den daraus resultierenden gesunkenen Inflationsgefahren sowie solide verankerter Inflationserwartungen setzte der EZB-Rat in der ersten Jahreshälfte 2009 seinen zinspolitischen Lockerungskurs fort. Bis Mai senkte das oberste Entscheidungsgremium des Eurosystems den Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte in vier Schritten bis auf 1%. Das Zusammenspiel aus Zinssenkungen, geldpolitischen Sondermaßnahmen und massiven fiskalischen Stützungsprogrammen führte schließlich im zweiten Halbjahr zu einer merklichen Aufhellung der konjunkturellen Lage und einer Stabilisierung der Finanzmärkte.

Die deutsche Wirtschaft wurde von der globalen Rezession angesichts des hohen Grades an außenwirtschaftlicher Verflechtung überaus hart getroffen. Im Jahresdurchschnitt ging das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt mit 4,7 % so stark zurück wie niemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Wirtschaftsleistung konnte zwar im Jahresverlauf die konjunkturelle Talsohle durchschreiten, blieb aber insgesamt auf ausgesprochen niedrigem Niveau. Umso bemerkenswerter ist, dass der Arbeitsmarkt bislang nur sehr verhalten reagierte.

Das Preisklima war 2009 äußerst vorteilhaft. Infolge des starken Konjunkturerinbruchs, der auch mit einer Korrektur der vorherigen positiven Sonderentwicklung bei den gewinnabhängigen Steuern einherging, und der umfangreichen finanzpolitischen Stützungsmaßnahmen haben sich die Staatsfinanzen drastisch verschlechtert. Ohne korrigierendes Gegensteuern ist auch mittelfristig mit hohen Defiziten und einer schnell steigenden Schuldenquote zu rechnen.

Geschäftsbericht

Vor diesem Hintergrund wurde die Konsolidierung der Staatsfinanzen zur vorrangigsten Politikaufgabe der kommenden Jahre.

Mit der Bundestagswahl im September 2009 endete die Regierung der Großen Koalition. An ihre Stelle trat eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP, die sich der Aufgabe zu stellen hatte, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen. Die neue Regierung stand und steht dabei vor der Herausforderung, Sparanstrengungen und Konjunkturförderung in ein ausgeglichenes Verhältnis zu bringen.

Die Wirtschaftsleistung im Jahr 2010 nahm um 3,6 % zu. Hauptantriebskraft für die konjunkturelle Erholung war die Belebung der Weltwirtschaft und des Welt Handels. Die deutschen Unternehmen, die in der Krise weitgehend an ihrem qualifizierten Fachpersonal festgehalten hatten, konnten die sich hieraus ergebenden Chancen in besonderem Maße wahrnehmen. Im Kontrast zur Erholung nach der Schwächephase im Jahr 2003 sprangen zudem die außenwirtschaftlichen Impulse zügig auf die Binnenwirtschaft über. Dazu trug bei, dass die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer wieder deutlich zunahmen, die Arbeitslosigkeit weiter zurückging, die Profitabilität der Unternehmen schnell wieder ein hohes Niveau erreichte und die Kreditversorgung weitgehend störungsfrei blieb. Mit der Belebung der Exportnachfrage und der Binnenwirtschaft ging eine kräftige Zunahme der Importe einher. Die Preise stiegen zwar auf allen Absatzstufen verstärkt an, dies glich jedoch in erster Linie die Rückgänge des Vorjahres aus. Unterstützt wurde die wirtschaftliche Erholung von dem außergewöhnlich hohen Maß an Zuversicht der Unternehmen und der privaten Haushalte. Nachdem in der vergangenen Dekade oftmals eine skeptische Einschätzung der Zukunftsfähigkeit der Wirtschafts- und Sozialordnung Deutschlands überwogen hatte, herrscht nun das Bild vor, dass die Neuordnung vor allem der sozialen Sicherung und des Arbeitsmarktes sowie die damit in Zusammenhang stehende Lohnmoderation wichtige Voraussetzungen für die bemerkenswerte zyklische Widerstandskraft der deutschen Volkswirtschaft waren.

Strukturell ist Deutschland heute besser positioniert als zu jeder Zeit seit der deutschen Wiedervereinigung. Das gedrückte Wachstum des Produktionspotenzials zeugt gleichwohl davon, dass nach wie vor Herausforderungen bestehen und zahlreiche Aufgaben noch unerledigt sind.

Die deutsche Industrie, die unter dem weltweiten Einbruch der Nachfrage nach hochwertigen Investitions- und dauerhaften Konsumgütern sowie nach speziali-

sierten Vorleistungen besonders gelitten hatte – die Exporte von Waren und die reale Wertschöpfung des Produzierenden Gewerbes (ohne Bau) waren im Jahr 2009 jeweils um beinahe 17 % zurückgegangen –, konnte von der globalen konjunkturellen Erholung im Jahr 2010 in außergewöhnlichem Maße profitieren, obwohl sich der Schwerpunkt des weltwirtschaftlichen Wachstums weiter weg von den traditionellen deutschen Absatzmärkten hin zu den Schwellenländern, insbesondere in Süd- und Ostasien, verschoben hat. Dabei half den deutschen Industrieunternehmen nicht nur das passende Angebotssortiment, sondern häufig auch die Präsenz vor Ort. Mit dem Verzicht auf einen größeren Arbeitsplatzabbau während der Krise waren die Voraussetzungen gegeben, die schnell steigende Nachfrage zu bedienen. Bei den realen Warenausfuhren wurde mit einem Plus von knapp 16 % der hohe Vorkrisenstand fast wieder erreicht, und die reale Wertschöpfung der Industrie nahm binnen Jahresfrist um 10 % zu.

Von der zyklischen Erholung der Industrie und der Exporte profitierten die Wirtschaftszweige am meisten, die unter dem konjunkturellen Einbruch besonders gelitten hatten. Der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr, dessen Wertschöpfung im Jahr 2009 in realer Rechnung um 6 % geschrumpft war, verzeichnete 2010 ein Wachstum von mehr als 3 %. Bei Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen folgte auf ein Minus von gut 1 % ein Plus von knapp 2 %. Die öffentlichen und privaten Dienstleister, deren Wachstumsrate sich in der Krise auf etwas weniger als 2 % reduziert hatte, expandierten 2010 wieder stärker.

Die deutsche Bauwirtschaft, die von der Krise nur am Rande erfasst worden war, hat im Jahr 2010 weiterhin von öffentlichen Aufträgen profitiert. Da die beiden Konjunkturpakete der Bundesregierung überwiegend auf Maßnahmen im Bestand zielten, kamen sie in erster Linie dem Baunebengewerbe zugute. Das Bauhauptgewerbe, auf das inzwischen deutlich weniger als die Hälfte der Wertschöpfung der Bauwirtschaft entfallen dürfte, wurde von dem besonders kalten Winterwetter zu Beginn und am Ende des Jahres beeinträchtigt. Die Lage im Wirtschafts- und im Wohnungsbau hellte sich spürbar auf, wozu die günstigen Finanzierungsbedingungen und die optimistischen Zukunftserwartungen beigetragen haben. Insgesamt nahm die reale Wertschöpfung im Baugewerbe binnen Jahresfrist um annähernd 2 % zu. Das Volumen der Bauinvestitionen erhöhte sich um fast 3 %.

Die privaten Konsumausgaben stiegen im Jahr 2010 in realer Rechnung um

Geschäftsbericht

½ %. Hierin spiegelt sich vor allem der erhöhte Ausgabenspielraum der privaten Haushalte wider. Im Berichtsjahr nahmen die verfügbaren Einkommen wegen der wachsenden Beschäftigung, der sich normalisierenden Arbeitszeiten und reduzierter Abgabenlasten mit 2 ¾ % kräftig zu, während der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe zwar fühlbar war, aber die Kaufkraft für sich genommen nur um einen Prozentpunkt schmälerte. Wichtig für die Belebung des privaten Verbrauchs waren auch die optimistischen Erwartungen der Haushalte hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung und ihrer Einkommen. Die Einzelhandelsumsätze erhöhten sich 2010 real um 1 ¼ %, nach einem Rückgang von 3 % im Krisenjahr 2009. Die Sparquote der privaten Haushalte stieg 2010 auf 11,4 %, nachdem sie im Jahr davor nicht zuletzt aufgrund der Vielzahl von Kraftfahrzeugkäufen auf 11,1 % gesunken war.

Die Wareneinfuhren nahmen nicht nur aufgrund der recht lebhaften Konsum und Investitionskonjunktur, sondern vor allem wegen der schnell steigenden Ausfuhren kräftig zu. Hinzu kam, dass sich die Importintensität der Exporte weiter erhöht haben dürfte. Mit einem Plus von 13 ½ % glichen die Warenimporte das Minus von 10 % aus dem Krisenjahr 2009 mehr als aus und übertrafen den Vorkrisenstand real um 2 %. Besonders stark legten die Importe aus den Regionen zu, in denen auch die größten Exportgewinne erzielt wurden, also vor allem Süd- und Ostasien. Aber auch die Importe aus dem Euro-Raum wurden erheblich gesteigert. Ihr Volumen nahm der Außenhandelsstatistik zufolge mit 12 % deutlich stärker zu als das der Exporte in diese Region mit 10 %, und dies obwohl die krisenbedingten Rückgänge bei den Exporten mit 15 % wesentlich stärker ausgefallen waren als bei den Importen. Dies zeigt, dass Deutschland eine wichtige konjunkturstabilisierende Rolle für die anderen Länder des Euro-Gebiets wahrgenommen hat. Einschließlich der Dienstleistungsimporte stiegen die Einfuhren um 12 ½ %, verglichen mit einem Plus von 14 % bei den Ausfuhren.

Die Beschäftigung ist 2010 im Zuge der kräftigen Konjunkturerholung deutlich gestiegen. Die Zahl der im Inland erwerbstätigen Personen erhöhte sich im Berichtszeitraum um 212.000 oder 0,5 % gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2009. Aber nicht nur der Umfang, sondern auch das frühe Einsetzen der Personalaufstockungen schon zu Jahresbeginn sind vor dem Hintergrund, dass die Lage am Arbeitsmarkt während der scharfen Rezession ausgesprochen stabil geblieben war, bemerkenswert. Die Belebung wurde von einem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Erwerbsarbeit getragen, die im Mittel um 292.000 beziehungsweise 1 % zunahm. Ein erheblicher Teil davon entfiel wie bereits im

Geschäftsbericht

Jahr 2009 auf Neueinstellungen im Bereich der sozialen Dienstleistungen (+ 141 000). Die Bedeutung zyklischer Faktoren zeigt sich vor allem am beträchtlichen Plus bei Leiharbeitnehmern (+ 139 000), aber auch am Verlaufprofil der Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe. Obwohl dort seit dem Frühjahr 2010 wieder Stellen geschaffen werden, verbleibt im Jahresdurchschnitt allerdings noch ein Verlust von 108 000 Arbeitsplätzen. Im abgelaufenen Jahr wurden überdies mehr Selbständige verzeichnet. Hingegen gab es weniger ausschließlich geringfügig Beschäftigte als ein Jahr zuvor.

Der Preisanstieg hat sich im Jahr 2010 auf allen Absatzstufen spürbar verstärkt. Wesentlich hierfür war die weltweite konjunkturelle Erholung und ihre Ausstrahlung auf die heimische Wirtschaft. Die Einfuhrpreise haben mit einer Steigerung von beinahe 8 % ihren Vorkrisenstand etwa wieder erreicht. Im Inland erzielte die deutsche Industrie im Durchschnitt lediglich 1 ½ % höhere Absatzpreise und konnte damit den Preisrückgang aus dem Vorjahr um mehr als 4 % bei Weitem noch nicht wettmachen. Im Auslandsabsatz konnte sie die Preise hingegen um knapp 3 ½ % anheben, die damit den Vorkrisenstand um 2 % übertrafen.

Auf der Verbraucherstufe zeigte sich ein differenziertes Bild. Während die Energie- und Nahrungsmittelpreise nach einem Rückgang im Jahr 2009 auch aufgrund steigender Weltmarktnotierungen teilweise recht kräftig in die Höhe gingen, ermäßigte sich der Preisauftrieb bei anderen Waren (ohne Energie) und bei Dienstleistungen deutlich. Insgesamt erhöhten sich die Verbraucherpreise im Jahr 2010 dem Verbraucherpreisindex in nationaler Abgrenzung (VPI) zufolge um 1,1 %. Im Jahr zuvor hatte der Preisanstieg 0,4 % betragen. Im Jahresverlauf verstärkte er sich – gemessen an der 12 Monatsrate – von knapp 1 % auf beinahe 2 %. Treibende Kraft hinter dieser Beschleunigung waren die Rohölnotierungen. Zu Jahresbeginn 2011 stiegen die Preise um 2,0 % an, wozu auch die kräftige Anhebung der Stromtarife beigetragen hat. Die Erstellung neuer Wohngebäude verteuerte sich im Jahresverlauf wegen gestiegener Vorleistungskosten und der guten Baukonjunktur merklich. Im Jahresmittel fiel der Preisanstieg jedoch mit 1 % ähnlich moderat aus wie im Vorjahr.

2. Wirtschaftliche Entwicklung in der Region Berlin-Brandenburg

Die Wirtschaft in Berlin und Brandenburg ist im Jahr 2010 moderat gewachsen, nachdem sie 2009 vergleichsweise geringe Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu verkraften hatte. Mit einem preisbereinigten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 2,7 Prozent in Berlin und 2,2 Prozent in Brandenburg wurden die beiden Länder von der Mehrzahl der anderen Bundesländer überholt.

Berlin und Brandenburg zählen jedoch zu den wenigen Ländern, deren Wirtschaftsleistung das Niveau des Jahres 2008, dem Jahr vor der Wirtschafts- und Finanzkrise, bereits wieder übertroffen hat. Preisbereinigt lag das Bruttoinlandsprodukt in Berlin um 2,2 Prozent und in Brandenburg um 0,5 Prozent über dem des Jahres 2008.

Die Wirtschaft der Region ist – besonders in Berlin – stark dienstleistungsorientiert. Das Produzierende Gewerbe trug im Jahr 2010 in Berlin nur zu 18,4 Prozent und in Brandenburg zu 26,2 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei. Bundesweit betrug dieser Anteil immerhin 27,9 Prozent. Im Produzierenden Gewerbe wurden weder in Berlin noch in Brandenburg die hohen bundesweiten Zuwächse der Bruttowertschöpfung erreicht. Mit einem preisbereinigten Anstieg um 5,1 Prozent in Berlin und 6,6 Prozent in Brandenburg konnten die beiden Länder die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise aber mehr als ausgleichen.

Innerhalb des Produzierenden Gewerbes erreichten Berlin mit 5,8 Prozent und Brandenburg mit 8,5 Prozent im Verarbeitenden Gewerbe die höchsten Zuwächse. Anders als Brandenburg konnte Berlin hier den Rückgang des Vorjahres aber nicht ganz aufholen. Im Baugewerbe ist die Bruttowertschöpfung um 4,2 Prozent in Berlin und 6,8 Prozent in Brandenburg und damit in beiden Ländern stärker als im Bundesdurchschnitt gewachsen.

Die Bruttowertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen stieg in Berlin um 2,6 Prozent und in Brandenburg um 1,3 Prozent. Wie Brandenburg kamen alle neuen Länder in den Dienstleistungsbereichen auf vergleichsweise geringe Wachstumsraten, von 0,4 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern bis 1,3 Prozent in Brandenburg.

Während Berlin in den Bereichen Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen sowie Öffentliche und Private Dienstleister das bundesdurchschnittliche Wachstum übertreffen konnte, lag der Anstieg im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr in Berlin und in Brandenburg unter dem Durchschnitt aller Bundesländer. Diese Entwicklung ist vor allem auf den Bereich Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern zurückzuführen. Hier war die Bruttowertschöpfung 2010 in Brandenburg preisbereinigt nur um 0,1 Prozent höher und in Berlin sogar um 0,2 Prozent.

3. Entwicklung in der Abfallgesetzgebung und im Gesetzesvollzug

Entwurf eines neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes vorgelegt

Ende Februar 2010 hat das Bundesumweltministerium den Arbeitsentwurf eines neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KWG) vorgelegt, der das gegenwärtige Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz ablösen soll. Vordergründig ist die Anpassung der geltenden Bestimmungen an die geänderte europäische Abfallrahmenrichtlinie der Grund der Novellierung. Darüber hinaus sollen aber auch die Erfahrungen der Rechtsprechung, der Verwaltungspraxis und des Vollzugs in die Neufassung des rechtlichen Rahmens einfließen. Das betrifft z. B. die Überlassungspflichten privater Haushaltungen gegenüber den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern – Stichwort Altpapierurteil des Bundesverwaltungsgerichts – oder die gesetzlichen Bestimmungen zum Entsorgungsfachbetrieb.

Für Transportunternehmen, Containerdienste und Werkverkehrsbetriebe mit Abfallbeförderungen sind indes weitere Änderungen hinsichtlich der Transportgenehmigung beabsichtigt. So soll unterschieden werden zwischen einer Erlaubnispflicht bei Sammlung und Beförderung gefährlicher Abfälle und einer Anzeigepflicht beim Transport nicht gefährlicher Abfälle. Für beide Fälle sieht der Gesetzentwurf eine Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen vor, in denen die dazugehörigen Detailregelungen getroffen werden (wie gegenwärtig durch die Transportgenehmigungsverordnung). Erhalten bleiben soll für Entsorgungsfachbetriebe die Freistellung von der Transporterlaubnispflicht. Auch die Regelungen zum Entsorgungsfachbetrieb sollen bestimmten Veränderungen unterworfen werden. Im Sommer 2010 folgte der Referentenentwurf des künftigen Kreislaufwirtschaftsgesetzes.

In einer gemeinsamen Stellungnahme an das Bundesumweltministerium sowie die zuständigen Umweltverwaltungen der Länder Berlin und Brandenburg haben sich die Fuhrgewerbe-Innung und die ESA zu den vorgesehenen Neuregelungen positioniert, Kritik geübt sowie zu einzelnen Regelungen Veränderungsvorschläge unterbreitet.

LAGA Vollzugshilfe zum abfallrechtlichen Nachweisverfahren (M27)

Die Vollversammlung der Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) hat am 29. September 2009 den Entwurf einer Vollzugshilfe zu den Vorschriften des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes und der Nachweisverordnung zur Führung von Nachweisen und Registern bei der Entsorgung von Abfällen (Vollzugshilfe) als LAGA-Mitteilung 27 beschlossen. Diese Vollzugshilfe löste die „Musterverwaltungsvorschrift zur Durchführung der §§ 25 Abs. 2, 42-47, 49 und 51 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes, der Nachweisverordnung und der Transportgenehmigungsverordnung“, 2. aktualisierte Auflage 2004, mit Ausnahme der Ausführungen zur Transportgenehmigung ab. Von einer Aktualisierung der die Transportgenehmigung betreffenden Darstellungen wurde abgesehen, da die die Transportgenehmigung betreffenden Regelungen im Zuge der Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie voraussichtlich wesentlich geändert werden.

Die Vollzugshilfe setzt einen Schwerpunkt bei der Erläuterung der elektronischen Nachweis- und Registerführung. Gerichtet ist die Vollzugshilfe in erster Linie an die mit dem Vollzug des Abfallrechts betrauten Behörden der Länder. Darüber hinaus stellt sie ein Kompendium zum Abfallrecht auf engstem Raum dar, das auch Lesern ohne tiefere Kenntnisse über diese Materie einen Überblick über die Grundzüge des Abfallrechts verschaffen kann.

eANV – das elektronische Abfallnachweisverfahren

Seit 01. April 2010 ist bei der Entsorgung gefährlicher Abfälle prinzipiell nur noch das elektronische Nachweisverfahren zulässig. Zwar galten für Erzeuger und Beförderer noch gewisse Übergangsregelungen bis Anfang 2011, spätestens bei der Übergabe der Abfälle an die Entsorgungsanlage griff jedoch das elektronische Verfahren. Das setzte voraus, dass der (gewerbliche) Anlieferer zumindest bei der ZKS registriert ist.

In der Region Berlin-Brandenburg wurde in Verantwortung der Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH seit 2003 in einem Modellprojekt mit dem Programm ZEDAL bereits das elektronische Nachweisverfahren (eANV) erprobt. Allmählich entstanden neben ZEDAL auch weitere Software-Programme, die für die eANV entwickelt wurden. Diese sollten untereinander auch kommunizieren können, und zwar über die sogenannte Zentrale Koordinierungsstelle ZKS. Erst als diese im „Echtbetrieb“ ihre Arbeit im April 2010 aufnahm, konnte allerdings getestet werden, ob der Datenaustausch mittels verschiedener Programme in der Praxis tatsächlich reibungslos funktionierte. Nun hatte es in der ersten Apriltagen 2010 nicht unerhebliche Probleme im Softwarebereich gegeben, gleichwohl war eine – auch nur zeitweilige – Lockerungen des Vollzugs der Bestimmungen in Berlin und Brandenburg nicht beabsichtigt. In einem Schreiben der Berliner Umweltbehörde, das auf der Homepage der Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin veröffentlicht wurde, war beschrieben, wie Entsorgungsanlagen zu verfahren haben, wenn Anlieferungen von nicht bei der ZKS registrierten Erzeugern festgestellt werden. Für Brandenburg galten die gleichen Bedingungen.

Vollzugshinweise bei Störungen im elektronischen Abfallnachweisverfahren

Der Stand der Einführung des elektronischen Abfallnachweisverfahrens (eANV) in der Abfallwirtschaft ist am 7./8.09.2010 erneut zwischen Vertretern von Bund und Ländern erörtert worden. Zu dieser Zeit existierten neben zahlreichen organisatorischen Defiziten noch vielfältige, zum Teil erhebliche technische Probleme. Diese betrafen nicht nur die Zentrale Koordinierungsstelle Abfall (ZKS-Abfall), die allein im August 2010 eine ganze Woche ausgefallen war, sondern teilweise auch die von den Abfallwirtschaftsbeteiligten genutzten IT-Systeme.

Vor diesem Hintergrund wurden am 19.08.2010 mit der Wirtschaft verschiedene Maßnahmen vereinbart, um baldmöglichst Störungen und Ausfälle der Kommunikationssysteme auszuschließen, zwischenzeitlich deren Auswirkungen zumindest abzumildern und die bestehenden Probleme beim Vollzug des eANV abzustellen.

Bis zum 31.01.2011 galten deshalb besondere, einvernehmlich zwischen Bund und Ländern festgelegte Vollzugshinweise.

eANV ab 01.02.2011 auch für alle Erzeuger und Transporteure gefährlicher Abfälle Pflicht

In der letzten Phase wurde festgelegt, dass auch alle Einsammler, Beförderer und Erzeuger gefährlicher Abfälle spätestens ab 01.02.2011 das eANV elektronische Abfallnachweisverfahren vollumfänglich anwenden müssen. Zuvor galt dies nur für Entsorger. Zwar mussten Entsorgungs- und Sammelentsorgungsnachweise, Übernahme- und Begleitscheine bereits zuvor elektronisch erzeugt, versandt und im Register gespeichert werden, ab 01.02.2011 gilt aber für alle Beteiligten des Entsorgungsvorgangs auch die Verpflichtung zur digitalen Signatur erzeugter und bearbeiteter Dokumente.

Für Mitgliedsunternehmen, deren Kunden (Erzeuger) zuvor noch nicht elektronisch signiert hatten, war eine von Fuhrgewerbe-Innung und ESA erstellte Auftraggeber-/Erzeugerinformation nutzbar, die sie für eine individuelle Kundeninformation verwenden konnten.

4. EVGE-Arbeit

Die in der Europäischen Vereinigung der Gemeinschaften zur Zertifizierung von Entsorgungsfachbetrieben e. V. (EVGE) zusammengeschlossenen deutschen Entsorgungsgemeinschaften haben im Rahmen der turnusmäßigen Zusammenkunft ihres Arbeitsausschusses Mitte Februar 2009 in Bonn einen gemeinsamen Bericht „12 Jahre Entsorgungsfachbetrieb“ vorgestellt. Darin werden die langjährigen Erfahrungswerte der deutschen EVGE-Mitgliedsgemeinschaften für die jeweils beteiligten Kreise zusammengefasst und kommentiert.



Die deutschen Entsorgungsgemeinschaften appellieren an die Entscheidungsträger in Politik und den zuständigen Verwaltungen, das Instrument Entsorgungsfachbetriebe gemeinsam auszubauen und – wo sinnvoll – zu verbessern. Mit der EVGE wurde ein Gremium entwickelt, das den seitens der Entsorgungswirtschaft entwickelten Sachverstand im Bereich der Qualitätssicherung zusammenführt und eine Basis für weitere konstruktive Entwicklungsprozesse dieses Brancheninstruments bietet.

EVGE-Mitgliederversammlung 2009 in Berlin

Am 19. November 2009 kamen die Vertreter der Mitgliedsorganisationen der EVGE zu ihrer jährlichen Mitgliederversammlung in Berlin zusammen. Auf der Tagesordnung standen satzungsgemäße Aufgaben, aber auch eine aktuelle Bilanz der EVGE-Tätigkeit hinsichtlich der Etablierung des Instruments Entsorgungsfachbetrieb oder gleichwertiger Qualitätssicherungssysteme in Europa. Hierbei begrüßte der seinerzeitige Sprecher des Arbeitsausschusses, Ralf Schmitz (ESN) als Gast Thomas Bähler, Geschäftsführer des VSMR, eines Recyclingunternehmer-Verbandes aus der Schweiz. Dieser informierte über die bisherige Entwicklung in der Schweiz, wo eine ähnliche Verfahrensweise wie bei der Zertifizierung von Entsorgungsfachbetrieben wie in Deutschland oder Österreich angestrebt wird. Bähler erläuterte aber auch die vorgesehenen Abweichungen, die den Besonderheiten der Schweizer Entsorgungswirtschaft geschuldet sind.

Auf Antrag des VSMR wurde der Verband zunächst als förderndes Mitglied der EVGE aufgenommen. Weitere Beschlüsse der Mitgliederversammlung betrafen die Einrichtung einer festen Geschäftsstelle bei der bvse-Entsorgungsgemeinschaft am Vereinssitz Bonn und die Wahl der Sprecherin des Arbeitsausschusses für das Jahr 2010, Sandra Berner (Entsorgungsgemeinschaft Transport + Umwelt, Berlin). Ebenfalls beschlossen wurde, auch 2010 wieder eine gemeinsame Sachverständigenschulung durchzuführen, die auf den Monat März terminiert wurde.

EVGE-Mitgliederversammlung 2010 - Heiko Neuffer neuer Vorsitzender der Entsorgungsgemeinschaftenorganisation in Europa

Der ESN-Vorsitzende Heiko Neuffer wurde auf der EVGE-Mitgliederversammlung am 3. Dezember 2010 in Leipzig zum neuen Vorsitzenden der Dachorganisation der Gemeinschaften zur Zertifizierung von Entsorgungsfachbetrieben gewählt. Er löst damit Heinrich Frey ab, der die EVGE seit 2004 führte.

Neuffer ist Geschäftsführender Gesellschafter der Otto Müller GmbH & Co KG in Hannover, eines mittelständischen Schrott- und Metallhandel. Seit 2008 leitet er ehrenamtlich die Entsorgungsgemeinschaft der Deutschen Stahl- und NE-Metall-Recycling-Wirtschaft e.V. (ESN).

Weiterhin wurden in den Vorstand gewählt: Dr. Petr Mechura, Peter J. Obieglo,

Dr. Helmut Stadler, Ulrich Schulz, Heinrich Frey, Thomas Pfaff und Hartmut Schön.

In der EVGE (Europäische Vereinigung der Gemeinschaften zur Zertifizierung von Entsorgungsfachbetrieben e.V.) sind inzwischen 14 Entsorgungsgemeinschaften und vergleichbare Organisationen aus insgesamt sieben europäischen Staaten vertreten. Ziel der EVGE ist es, die Qualität der Entsorgungsdienstleistungen in Europa nachhaltig zu verbessern. In diesem Jahr sind Verbände aus der Schweiz und den Niederlanden neu zur EVGE gestoßen.

Die deutsche Gruppe der EVGE begleitet darüber hinaus kritisch die Novellierung des Kreislaufgesetzes, insbesondere in Bezug auf den Entsorgungsfachbetrieb. Dieses Thema stand ebenfalls auf der Tagesordnung des Arbeitsausschusses am 03.12. in Leipzig. Die unter dem Dach der EVGE zusammenarbeitenden deutschen Entsorgungsgemeinschaften verständigten sich darauf, in den folgenden Monaten konkrete Vorschläge zur künftigen Ausgestaltung des Instruments Entsorgungsfachbetrieb zu entwickeln.

EVGE-Gespräch mit BMU und Länderbehörden

Einen Tag nach der EVGE-Mitgliederversammlung 2009 hatte die deutsche Sektion der Dachorganisation der Entsorgungsgemeinschaften Vertreter des Bundesumweltministeriums und der für die Fachbetriebszertifizierung zuständigen Länderbehörden zu einem Erfahrungsaustausch eingeladen. Obwohl nicht alle Bundesländer repräsentiert waren, konnten mehr Bundesländer gewonnen werden als zur ersten Veranstaltung dieser Art im Jahr 2007.

Beide Seiten berichteten aus ihrer Arbeit und skizzierten sowohl die positiven als auch die weniger positiven Erfahrungen aus der Zertifizierungs- bzw. Anerkennungstätigkeit. Seitens des BMU-Repräsentanten wurde zudem in Auswertung eines in diesem Jahr erstellten Gutachtens zum Novellierungsbedarf des Abfallrechts unter Einbeziehung der Fachbetriebsregeln, die daraus abgeleiteten Vorhaben zur Anpassung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes und seiner Verordnungen skizziert und erläutert.

Seitens der Entsorgungsgemeinschaften wurden Vorschläge unterbreitet, die einerseits eine Verbesserung der Zertifizierungstätigkeit, andererseits aber auch eine bessere Akzeptanz des Instruments unter den Entsorgungsbetrieben mit sich bringen würden.

Die EVGE-Gemeinschaften, aber auch die Behördenvertreter würdigten den Erfahrungsaustausch als sinnvolles Instrument zur gemeinsamen Verbesserung der Zertifizierungspraxis und drückten ihre Erwartung aus, auch künftig diesen Dialog zu pflegen.

EVGE-Arbeitsausschuss tagte in Potsdam

Anfang Juli 2010 kamen die Geschäftsführer der Mitgliedsorganisationen der EVGE auf Einladung der Entsorgungsgemeinschaft Bau Berlin-Brandenburg e. V. in Potsdam zu einer erneuten turnusmäßigen Arbeitsausschusssitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen ein Bericht über den Sachstand der Einführung eines an den Entsorgungsfachbetrieb angelehnten Qualitätssicherungssystems in der Schweiz, Information und Abstimmung über verschiedene Initiativen zur geplanten Einführung ähnlicher Systeme in verschiedenen anderen europäischen Staaten sowie – für die deutschen Gemeinschaften – die Entwicklung weiterer gemeinsamer Positionen zum vorliegenden Entwurf des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Letzteres mündet in einer ersten Stellungnahme an das Bundesumweltministerium, wobei das Ziel im Vordergrund steht, das bewährte Instrument Entsorgungsfachbetrieb zu erhalten und auszubauen. Gleichzeitig soll die Position der Entsorgungsgemeinschaften gestärkt werden, um – im Zusammenhang mit verschiedenen Abfallskandalen in Brandenburg und Sachsen-Anhalt – festgestellte unseriöse Zertifizierungen künftig zu erschweren oder auszuschließen. Vorgeschlagen werden ferner verschiedene vollzugsrechtliche Vereinfachungen, um die Attraktivität einer Zertifizierung zu erhöhen.

Gespräche von ESA und ESG Bau zur Weiterentwicklung des Entsorgungsfachbetriebs in der Region Berlin-Brandenburg

In Gesprächen mit den zuständigen Abteilungs- bzw. Referatsleitern der Umweltverwaltungen der Bundesländer Berlin und Brandenburg erörterten die Geschäftsführer der ESA Entsorgungsgemeinschaft Abfall Berlin-Brandenburg e. V. und der Entsorgungsgemeinschaft Bau Berlin-Brandenburg e. V., Erfahrungen aus der Arbeit der Gemeinschaften bei der Zertifizierung von Entsorgungsfachbetrieben in der Region.

Sie informierten dabei über die Arbeit der EVGE Europäische Vereinigung der Gemeinschaften zur Zertifizierung von Entsorgungsfachbetrieben e. V., der beide Gemeinschaften angehören, und über dort diskutierte Möglichkeiten, das Qualitätssicherungsinstrument Entsorgungsfachbetrieb weiter zu entwickeln.

Im Hinblick auf eine vom Bundesumweltministerium bei den Ländern durchgeführte Umfrage zur Thematik Entsorgungsfachbetrieb wurde auch die Haltung beider Länder zu diesem Instrument privatrechtlicher Überwachung diskutiert. Gegenstand der Erörterung war auch die Problematik illegaler Ablagerungen von Abfällen in Brandenburg und die Möglichkeit gemeinschaftlichen Engagements von Behörden und Entsorgungsgemeinschaften gegen derartige Entwicklungen.

5. Mitgliederentwicklung und Gremienarbeit der ESA 2009 und 2010

Insgesamt kann die ESA für den Berichtszeitraum auf eine stabile Mitgliederbasis zurückblicken. Im Jahr 2009 musste ein Unternehmen ausgeschlossen werden, das die Bedingungen einer erneuten Zertifizierung nicht erfüllte. Ein weiteres Unternehmen, dessen Mitgliedschaft trotz Insolvenz zunächst fortbestehen sollte, musste ebenfalls ausgeschlossen werden. Der Neuinhaber, der das Unternehmen übernommen hatte, strebte zunächst eine Neuzertifizierung an, konnte diese letztlich aber nicht realisieren, weil die Voraussetzungen der Entsorgungsfachbetriebsverordnung in einigen Punkten nicht mehr erfüllt werden konnten.

Es konnten jedoch 2009 drei Mitgliedschaften neu begründet werden, bei denen die Zertifizierung erfolgreich abgeschlossen wurde. Im Jahresverlauf 2010 waren bei einem dieser Neumitglieder allerdings erhebliche Mängel festgestellt worden, die den Status der Fachbetriebseigenschaft in Frage stellten. Der Überwachungsausschuss gab dem Unternehmen zweimal Gelegenheit, die Mängel abzustellen, was bis zum Jahresende 2010 jedoch nicht geschah. Letztlich mündete dies in den Ausschluss des Unternehmens Anfang 2011 aus der ESA-Mitgliedschaft.

Mitgliederversammlung

Rund 30 Mitglieder der ESA waren der Einladung des ESA-Vorstandes zur Mitgliederversammlung am 01. Oktober 2009 in die Geschäftsstelle im Innungshaus gefolgt. Im internen Teil standen satzungsgemäße Aufgaben auf der Tagesordnung, wie der stellvertretende ESA-Vorsitzende, Thomas Holewa als Versammlungsleiter betonte. Die Berichte von Vorstand und Geschäftsführung zeichneten ein Bild von der stabilen Entwicklung der Gemeinschaft bei ebenfalls

stabiler Mitgliederstruktur. Hervorgehoben wurde die aktive Mitwirkung der ESA in der 2004 gegründeten Dachorganisation EVGE Europäische Vereinigung der Gemeinschaften zur Zertifizierung von Entsorgungsfachbetrieben e. V., deren Tätigkeit in den kommenden Jahren im Rahmen der deutschen Sektion auf die anstehende Novellierung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes und der Entsorgungsfachbetriebeverordnung gerichtet sein wird. Der Vorsitzende des Überwachungsausschusses, Bernhard Lemmé, informierte über die Ausschussarbeit der vergangenen beiden Jahre und zog gleichfalls ein positives Resumée hinsichtlich der Zertifizierungstätigkeit der Organisation.

Neben dem Bericht und der Beschlussfassung über die Jahresrechnungen 2007 und 2008 sowie der einstimmig erfolgten Entlastung von Vorstand und Geschäftsführung stand abschließend der Beschluss über Beitragsordnung und Haushalte für die Jahre 2009 und 2010 an.

Im öffentlichen Teil konnten neben Michael Eichen, Vorsitzender der Fuhrgerwe-Innung und Evelyn Witt, Geschäftsführerin der von der ESA betrauten Sachverständigenorganisation oecontrol Technische Überwachungsorganisation mbH auch Ulf Berger von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz Berlin sowie Dr. Bernd Jess von der SBB Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH begrüßt werden. Als Gastreferent stellte Achim Birr, Geschäftsführer der 4waste GmbH, Aachen, eine Portallösung für die künftige elektronische Nachweisführung bei der Entsorgung gefährlicher Abfälle vor. Diese sollte besonders kleinen und mittleren Betrieben mit vergleichsweise geringem Begleitscheinaufkommen ein einfaches Handling der elektronischen Nachweis- und Registerführung ermöglichen.

Arbeit des Überwachungsausschusses

2009 und 2010 kam der Überwachungsausschuss zu je fünf Zusammenkünften zusammen, bei denen über die Zertifizierung von Fachbetrieben befunden wurde. Die Zusammenkünfte wurden ferner dazu genutzt, zur Meinungsbildung innerhalb der ESA bei Fragestellungen der EVGE-Arbeit, der Umsetzung bzw. Novellierung abfallrechtlicher Vorschriften in Berlin und Brandenburg mitzuwirken und dem Vorstand entsprechende Vorschläge zu unterbreiten und Empfehlungen zur Positionsbestimmung zu geben.

Neue ESA-Homepage

Seit Ende April 2010 ist der überarbeitete Internetauftritt der ESA Entsorgungsgemeinschaft Abfall Berlin-Brandenburg e. V. freigeschaltet.

Neben dem neuen Design der Homepage bietet diese auch inhaltlich einige Neuerungen, so ist z. B. das Mitgliederverzeichnis um einige weitere Detailangaben wie beispielsweise Angaben zum Fuhrpark und den angebotenen Dienstleistungen in den unterschiedlichsten

Entsorgungsbereichen ergänzt worden. Zudem wurde das sogenannte Formularcenter eingerichtet, in dem die Betriebe die Möglichkeit haben, diverse Formulare (Datenblatt zur Benehmensregelung, Antrag auf Durchführung der Regelprüfung, das Protokoll zur monatlichen Eigenüberwachung u. v. m.) direkt am Bildschirm auszufüllen und dann auszudrucken.

Darüber hinaus können die Unternehmen, die sich im Bereich des elektronischen Nachweisverfahrens bei der Entsorgung gefährlicher Abfälle der Verbändelösung angeschlossen haben, über einen separaten Button direkt auf die entsprechende Oberfläche zur Erstellung und Bearbeitung der Nachweise gelangen.

Schließlich bietet die Homepage dem Nutzer die Möglichkeit, unter dem Button „Rechtsvorschriften“ alle für den Entsorgungsfachbetrieb maßgeblichen Rechtsvorschriften aufzurufen, abzuspeichern oder auszudrucken.



2011

Entsorgungsgemeinschaft Abfall Berlin-Brandenburg e. V.
Hedemannstraße 13, 10969 Berlin
Telefon: 030-251 06 91 Fax: 030-251 06 93
www.esa-online.de, info@esa-online.de